

Interpellation

Im Kanton Uri kam es in den vergangenen Monaten und kommt es in den nächsten Monaten bei wichtigen Stützen im Bereich der industriellen Arbeitsplätze zu einem drastischen Stellenabbau. Während die Unternehmungen den Stellenabbau mit konjunkturbedingten und strukturellen Argumenten begründen, droht die Krise des Arbeitsplatzes Uri mit der steigenden Abwanderung die Urner Volkswirtschaft zunehmend zu schwächen. Immer mehr sehen sich Urnerinnen und Urner veranlasst, eine Arbeitsstelle ausserhalb des Kantons Uri anzunehmen. Damit verbunden ist auf Zeit die Gefahr, dass Arbeitnehmende samt ihren Familien aus dem Kanton Uri wegziehen und das damit verbundene Steuersubstrat in andere Kantone verlagert wird. Diese Entwicklung hat gravierende Folgen für die Urner Volkswirtschaft, für Land und Volk dieses Kantons. Sie bereitet der Urner Bevölkerung zunehmend Sorgen.

Gestützt auf Artikel 84 der Geschäftsordnung ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Beschäftigungsstruktur in den vergangenen 20 Jahren entwickelt bzw. inwiefern hat sie sich in den einzelnen Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handwerk sowie Dienstleistungsgewerbe im Längsschnitt verändert?
2. Wie viele Arbeitsstellen wurden im Kanton seit 1990 in den einzelnen Sektoren insgesamt abgebaut bzw. neu geschaffen? Wie viele im zweiten Sektor in den Berufskategorien Hochschulabschluss, Fachhochschule, Berufsbildung mit Weiterbildung, Berufslehre, An- und Ungelernte sowie Lehrlinge? Wie viele Arbeitsplätze wurden in andere Regionen der Schweiz bzw. ins Ausland verlagert?
3. Inwiefern bestehen Auswirkungen für die kleinen und mittleren Unternehmungen, die durch Umstrukturierung der Grossunternehmungen bzw. durch die aktuelle Wirtschaftslage als Zulieferfirmen in Mitleidenschaft gezogen werden?
4. Mit welchen Arbeitsplatzverlusten ist in den verschiedenen Sektoren in Zukunft zu rechnen? Welche konkreten Strategien verfolgt der Regierungsrat, um der negativen Tendenz im Bereich Stellenabbau bzw. Bevölkerungsrückgang aktiv zu begegnen?
5. Welche Perspektive bzw. strategischen Ziele hat der Regierungsrat für den Arbeitsplatz Uri und was unternimmt er, um sie zu erreichen? Mit welchen bildungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Massnahmen kann der Wirtschaftsraum Uri gefördert werden?
6. Was gedenkt der Regierungsrat konkret zu unternehmen, damit im Kanton Uri Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung geschaffen werden können? Inwiefern braucht es eine Optimierung der Rahmenbedingungen bzw. welche steuerlichen bzw. finanziellen Anreizsysteme sind zur Zielerreichung notwendig?
7. Ist der Regierungsrat bereit, trotz angespannter Finanzlage des Kantons die erforderlichen Massnahmen für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Uri zu planen und im Sinne eines anti-zyklischen Verhaltens die ausserordentlichen finanziellen Mittel zu bereitzustellen? Reicht eine Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen im Bereich der Wirtschaftsförderung bzw. inwiefern braucht es allenfalls Änderungen in struktureller Hinsicht?

Begründung

Der Kanton Uri steht vor grossen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Meldungen über Arbeitsplatzabbau und Stellenverluste in den vergangenen zwei Jahren fast zur traurigen Regel wurden, scheint die Politik gelähmt, Perspektiven zur Bewältigung der Urner Wirtschaftskrise zu entwickeln. Richtig ist, dass die Firmen in ihren unternehmerischen Entscheidungen frei sind. Doch müssen wir, d.h. Regierungsrat und Landrat alles unternehmen, um die Rahmenbedingungen zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Der Kanton Uri ist Teil der Zentralschweiz, die sich als Wirtschaftsraum ausgesprochen differenziert präsentiert. So bewegte sich das Volkseinkommen pro Kopf 1999 in einer Bandbreite von 30'504 (Obwalden) und 73'864 (Zug). Die grossen Unterschiede bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen zeigen sich nirgendwo in der Schweiz derart ausgeprägt wie in der Zentralschweiz. Für den Kanton Uri hat sich der Standortvorteil bezüglich Steuerbelastung innerhalb weniger Jahre relativiert. Besetzte er 1997 beim Gesamtindex der Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich noch Platz 5, ist er 2001 auf den 18. Platz abgesackt.

In verschiedenen Studien wird aufgrund vertiefter Analyse dem Kanton Uri ein schwaches Wachstumspotenzial prognostiziert. So sei die Konzentration auf wenige Branchen ein typisches Merkmal der Urner Wirtschaftsstruktur, was deren Abhängigkeit und Risiken erhöhe. Diese Branchen seien im Allgemeinen durch eine niedrige Wertschöpfung pro Arbeitsplatz und hohe Risiken gekennzeichnet. Der massive Abbau von Arbeitsplätzen habe sich vornehmlich auf die grösseren Industriebetriebe konzentriert. Der Bund wurde "zum Klumpenrisiko für den Kanton Uri, als im Zuge der Armeereform und des Strukturwandels bei SBB, Post und Swisscom zahlreiche Stellen gekürzt wurden". Die Konzentration der Beschäftigung im industriellen Sektor auf wenige Branchen ist eine Tatsache und sie ist mit grossen Risiken verbunden. Resultiert beispielsweise aus einer wirtschaftlichen Flaute ein geringes Auftragsvolumen bei den Grossbetrieben, wirkt sich dies unmittelbar auf die kleinen und mittleren Unternehmungen, die Zulieferbetriebe aus.

Es stellt sich die Frage, wie und mit welchen Mitteln die Politik auf diese Entwicklung reagieren kann? Auf der einen Seite hat die zuständige Volkswirtschaftsdirektion eine Reihe von Massnahmen bereitgestellt. So wird beispielsweise Gewicht auf Kontakt und Pflege der bestehenden Betriebe gelegt. Das ist gut. Zudem wurde mit dem Botschaftersystem ein neues Instrument der Wirtschaftsförderung bereitgestellt. Diese Idee ist ausgesprochen innovativ, sie soll mit allem Mitteln vorangerieben werden. Die Analysen sind vorhanden. Sie dienen als Basis einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die Regierung und Landrat an die Hand nehmen sollten. Es stellen sich Fragen zur Optimierung der Rahmenbedingungen, zur strukturellen und geografischen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, zu steuerlichen und finanziellen Anreizmassnahmen, Berufs- und Weiterbildung bzw. zur Umschulung und schliesslich auch zur Förderung von Innovation in Richtung einer aktiven Berggebietspolitik.

Die geografische Lage des Kantons direkt an der Nord-Süd- Achse ist ausgesprochen gut. Wir sollten alles unternehmen, diesen Vorteil vermehrt zu nutzen. Wir sollten aber auch mit allen Kräften versuchen, vermehrt Nutzen aus Konkordatsvereinbarungen zu ziehen. Pädagogische Fachhochschule, Fachhochschulen, Laboratorium der Urkantone. Oder Teilbereiche der Gerichte, gar ein Bundesamt für Energie oder ein Bundesamt für Verkehr im Kanton Uri? Unmöglich ist dies erst, wenn entsprechende Versuche gescheitert sind. Schliesslich ist das Bundesamt für Statistik in Neuchâtel, die Pädagogischen Fachhochschulen werden (einmal mehr) im Kanton Luzern bzw. Schwyz angesiedelt usw.

Ein Innovationsschub sowie konstruktive Lösungen tun Not. Die Politik muss die Gesamtsumme ihrer Chancen, ihrer Spiel- und Handlungsräume erkennen und nutzen, damit dem Arbeitsplatzabbau und dem Bevölkerungsrückgang Einhalt geboten werden kann.